

27.02.2025

Kleine Anfrage 5213

des Abgeordneten Christian Loose AfD

Jetzt trifft es Stolberg: die nächsten 114 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlieren ihre Arbeit – was unternimmt Ministerin Mona Neubaur, um solche energieintensiven Arbeitsplätze zu erhalten?

„NRW: Traditionsunternehmen macht nach 445 Jahren dicht – Mitarbeiter sind den Tränen nahe“ titelt DerWesten.de.¹ In diesem Fall trifft es die Mitarbeiter der KME Stolberg GmbH. Damit endet in Stolberg eine 445 Jahre alte Tradition der Metallverarbeitung, die 114 Arbeitsplätze dort, werden bis zum 30. September 2025 verloren gehen. Dies, nachdem bereits im Juni 2024 durch die Schließung eines Walzwerkes des Unternehmens, 65 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren hatten.

Die Schließung des Unternehmens KME Stolberg GmbH und der damit einher gehende Verlust von Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen setzen die Reihe ähnlicher Meldungen auf schmerzhaft Weise fort. Zuletzt traf es Accuride Wheels in Solingen, zuvor bekannte Namen wie ContiTech in Moers, Lindner Hotels, Evonik Industries, Zoo Zajac, Metsä Greaseproof Papers oder TMD Friction Services.

Deshalb frage ich die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung Gespräche mit der KME Stolberg GmbH aufgenommen, um den Arbeitsplatzabbau und andere Folgen einer Umstrukturierung zu verhindern bzw. zu reduzieren?
2. Hat die Landesregierung Gespräche mit den Belegschaftsvertretern der KME Stolberg GmbH aufgenommen, um den Arbeitsplatzabbau und andere Folgen einer Umstrukturierung zu verhindern bzw. zu reduzieren?
3. Welche Gründe nannten Unternehmen und Belegschaft für die Schließung des Standorts gegenüber der Landesregierung?

¹ <https://www.derwesten.de/region/nrw-stolberg-kme-metallwerk-arbeitsplatz-job-id301363731.html>,
abgerufen am 20.02.2025.

4. Welche Wettbewerbsnachteile sieht die Landesregierung für metallverarbeitende Betriebe wie bspw. KME Stolberg GmbH mit Standort in Nordrhein-Westfalen durch die preisstärkernden Auswirkungen des am 31.01.2025 im Deutschen Bundestag von u. a. CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen beschlossenen Treibhaus-Emissionshandelsgesetzes (TEHG)?
5. Wann werden sich für die energieintensiven Unternehmen die von der Landesregierung immer wieder behaupteten günstigen „Erneuerbaren“ nicht mehr – wie insbesondere in den letzten 15 Jahren – als wirtschaftlicher Nachteil, sondern plötzlich als wirtschaftlicher Vorteil erweisen?

Christian Loose